Deutscher Bundestag
10. Wahlperiode

Drucksache 10/884

17. 01. 84

Sachgebiet 212

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Frau Nickels, Frau Schoppe und der Fraktion DIE GRÜNEN

Medizinische Versorgung im Atomkrieg

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat laut Presseberichten eine Untersuchung durchgeführt, die zu dem Schluß kommt, daß eine medizinische Versorgung der Bevölkerung im Falle eines Atomkrieges nicht sichergestellt werden kann.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Ist der Bundesregierung diese Studie bekannt?
   a) Wenn ja: welches sind die wichtigsten Ergebnisse?
   b) Wie beurteilt die Bundesregierung die Resultate dieser Studie?
2. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß im Falle eines Atomkrieges eine gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung nicht möglich ist?
3. Welche Konsequenzen ergeben sich nach Auffassung der Bundesregierung für die Beratung eines Gesundheitsschutzgesetzes?
4. Sieht die Bundesregierung ebenfalls die Gefahr, durch gesetzliche Regelungen, die im Kriegsfall medizinische Versorgung sicherstellen sollen, der Bevölkerung einen Schutz vorzutäuschen, den es im Ernstfall gar nicht geben kann?
5. Welche politischen Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Ergebnissen der obengenannten WHO-Studie?
6. Wie beurteilt die Bundesregierung die Notwendigkeit eines effektiven Katastrophenschutzes im Bereich des Gesundheitswesens?

Bonn, den 17. Januar 1984

Nickels
Schoppe
Beck-Oberdorf, Schily, Kelly und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333